

Rückblick 2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kein Abschnitt des Jahres ist so emotional, mit Erinnerungen und Prognosen behaftet wie die Zeit des Jahreswechsels.

Zu keiner Zeit werden so viele Klischees bemüht! Dabei werde ich mit meinen Betrachtungen zum Jahresende keine Ausnahme bilden.

Fangen wir gleich damit an:

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende ... so habe ich schon mal begonnen. Aber selten war dies so zutreffend wie für die vergangenen 365 Tage!

Ein Jahr, gefüllt mit Veränderungsprozessen im gesellschaftlichen und polizeilichen Leben, deren Folgen keiner vorhersehen und ermessen kann, geht zur Neige.

Ich möchte an einige wichtige Entscheidungen und Ereignisse des vergangenen Jahres erinnern, die unser dienstliches, gewerkschaftliches und auch persönliches Leben beeinflusst haben.

Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten Sachsens Michael Kretschmer im Januar 2018

Von dieser Regierungserklärung hoffte sich die Bevölkerung Sachsens Wegweisendes, neue Impulse und Ideen.

Doch leider gab es während der Regierungserklärung keine so wichtigen Aussagen, dass sie sich eingebrannt hätten und für 2018 wichtig wären.

Das Beste war noch der Appell des Ministerpräsidenten, dass wir neue Wege beschreiten müssen - naja, vielleicht kann sich ja jeder seinen richtigen Weg aussuchen.

Das Ziel sollte aber das gleiche bleiben - mehr Sicherheit in Sachsen! Wie wichtig der Inhalt dieser Aussage ist, sollte sich wenige Monate später leider bewahrheiten und als brandaktuell herausstellen.

Urteil Landes- sozialgericht Sachsen - Verpflegungs- und Beklei- dungsgeld als Arbeitsentgelt für die Renten- berechnung anerkannt

Seit dem Urteil des Bundessozialgerichtes vom 23. August 2007 - B 4 RS 4/06 R gab es die Möglichkeit, weitere Zahlungen als Arbeitsentgelt für die Rentnberechnung einzufordern. Diese Chance nahmen auch die Anspruchsberechtigten des Sonderversorgungssystems der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe Feuerwehr und des Strafvollzuges gemäß Anlage 2 Ziffer 2 des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes (AAÜG) wahr und stellten Anträge auf Überprüfung der Entgeltbescheide bei der Polizeiverwaltung des Freistaates Sachsen. Das Sächsische Landessozialgericht (LSG) erkannte mit den Urteilen vom 23. Januar 2018 die Ansprüche von zwei Volkspolizisten auf Anerkennung des Verpflegungs- und Bekleidungs-geldes als Arbeitsentgelt für die Rentenberechnung an.

Jedoch gab sich der Freistaat Sachsen bisher nicht „geschlagen“. Die Urteile liegen seit Mai 2018 schriftlich vor. Sie sind jedoch noch immer nicht rechtskräftig. Obwohl eine Revision vor dem Bundessozialgericht (BSG) laut Urteile nicht zugelassen ist, legte der Freistaat Sachsen dagegen entsprechende Beschwerden (Nichtzulassungsbe-



Matthias Büschel

schwerde) ein, um die Zulassung und damit die Fortführung der Verfahren vor dem BSG zu erreichen. Wir bleiben für Euch auch 2019 dran.

Polizeipaket der Landesregierung

Folgende Prämissen stehen im Mittelpunkt:

„Sachsen soll wieder ein sicheres Land werden ...“, in dem sich die Menschen sicher fühlen.

Die Befugnisse der Polizei müssen weiter modernisiert und den aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Bis zum sehr weit entfernten Inkrafttreten eines Musterpolizeigesetzes wird es 2019 ein novelliertes Polizeirecht geben; geteilt in Polizeivollzugsdienst- und Polizeibehördegesetz. Diese Gesetze müssen die notwendigen Befugnisse beinhalten, um die Polizei in die Lage zu versetzen, eine moderne und mit der Zeit gehende Polizei zu sein, die ihre Aufgaben auch in der Zeit der weiterentwickelten Kommunikation und der Digitalisierung

Fortsetzung auf Seite 2

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Dezember 2018**, war der **7. November 2018**, für die Ausgabe **Januar 2019** ist es der **28. November 2018** und für die Ausgabe **Februar 2019** ist es der **4. Januar 2018**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

erfüllen kann. Neben der weiteren Erhöhung der 1 000 Stellen muss auch die Verteilung der 1 000 Stellen entsprechend der Prioritäten (Zukunftspakt Sachsen) vorgenommen werden.

Die Sicherheit ist überall, auch im ländlichen Raum, zu stärken. Dabei muss der Grundsatz Prävention vor Repression gelten. Der Bürgerpolizist, die Präventivstreife im schutzpolizeilichen Einzeldienst müssen wieder wesentliche Säulen der täglichen Polizeiarbeit sein. Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit sind die Leitplanken der Polizeiarbeit.

Ereignisse August 2018 in Dresden und Chemnitz – bundesweite negative Berichterstattung

Ein Kapitel, was trauriger nicht sein kann! Es bleibt festzustellen: Der Staat als solcher, ist seiner Aufgabe nicht gerecht geworden! In der medialen Berichterstattung wurde mehr auf Sensationsmache als auf sachliche Berichterstattung gesetzt, was zur Folge hatte, dass die Ereignisse in Dresden und Chemnitz, somit auch Sachsen in eine Ecke ge-

stellt wurden und teilweise auch noch werden, die unserem Bundesland nicht gerecht wird.

Aus eigenem Erleben möchte ich den Kolleginnen und Kollegen danken, die mit viel Engagement und Besonnenheit die an sie gestellten Aufgaben erfüllt haben. Bleibt zu hoffen, dass das Polizeipaket und das Polizeivollzugsdienst- und Polizeibehördengesetz schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Innere Sicherheit durchzusetzen und um Sachsens Bevölkerung, die Toleranz, Anstand und Zivilcourage beweist, zu schützen und zu unterstützen.

Gewerkschaftliche Arbeit

Besonders erfreulich ist es, dass die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaft gestiegen ist. Viele Mitglieder der „Jungen Gruppe“ zeigen, dass sie nicht nur als „zahlende Mitglieder“ aufgenommen wurden, sondern echtes Interesse an der Gewerkschaftsarbeit haben.

Die Kolleginnen und Kollegen der „Jungen Gruppe“ haben als Hauptakteur ein großes Paket geschnürt und gemeinsam mit der Bezirksgruppe der Bereitschaftspolizei und den Vertrauensleuten eine überzeugende, kompetente Arbeit bei der Gewinnung des Gewerkschaftsnachwuchses geleistet.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



LEITARTIKEL

Der Mitglieder des Landesvorstandes führen einen Kampf an vielen Fronten, Kompromisse mit dem Dienstherrn, Freude über kleine Fortschritte, aber auch Ärger über Niederlagen prägen den Alltag. Im Rahmen von Stellungnahmen zu Anhörungen im Sächsischen Landtag und in einer Reihe von Ministergesprächen unterbreitete die GdP durchdachte, fundierte und praxisorientierte Vorschläge zur Umsetzung der durch die Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen erstellten Dokumente. Diese sind aber überwiegend vom Gesetzgeber unbeachtet geblieben, genauso wie die meisten unserer Einwände zur Weiterentwicklung des Sächsischen Dienstrechts.

Aufgrund unserer Anhörung sind einige Punkte in unserem Sinne geändert worden: Verbesserung bei der Schadenerstattung bei einem Dienstunfall, Umsetzung des Pflegezeitgesetzes, Übernahme des Schmerzensgeldes ohne Grenzen, 10 Prozent mehr bei Hinausschiebung des Ruhestandes, Verhinderung der Kürzung des vermögenswirksamen Leistung bei den Anwärtern, um nur einige zu nennen.

Als Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Sachsen e. V. werden wir dies in Vorbereitung der Wahlen zum 7. Sächsischen Landtag gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften und Organisationen thematisieren und unsere Forderung auf die Agenda setzen. Im Landesjournal der Deutschen Polizei werden wir dazu die Parteien, welche im Sächsischen Landtag sind, zu ihren Zielen und inhaltlichen Vorstellungen interviewen und ab der Februarausgabe hier abdrucken.

Entwurf Doppelhaushalt 2019/2020 – Was wird der Souverän im Sächsischen Landtag beschließen?

Die Anhörung zum Doppelhaushalt findet erst nach Redaktionsschluss statt.

Als positiv sehen wir den zu erwartende finanziellen Rahmen für die Ausstattung der sächsischen Polizei.

Mit Sorge betrachten wir die Stellenverteilung für die Einsatzkräfte.

Wir befürchten, dass es zwar ausreichend Haushaltstellen geben soll, die allerdings nicht mit jungen, ausgebildeten Beamtinnen und Beamten besetzt werden können. Die Privatisierung verschiedener Bereiche in der Verwaltung soll weiter vorangetrieben werden zum Nachteil unserer Tarifbeschäftigten.

Wir werden die Ergebnisse der Anhörung im Sächsischen Landtag genau analysieren und als Berufsvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte auf die politischen Verantwortungsträger einwirken.

Unsere Kolleginnen und Kollegen erfüllen mit viel Engagement die an sie gestellten Aufgaben und werden genau prüfen, wer ihre Stimme am Wahltag bekommt. Gewerkschaftsarbeit bedeutet aber nicht nur Konfrontation und Auseinandersetzung.

Arbeit in den Bezirksgruppen

Viel Wert wird in unseren Bezirks- und Kreisgruppen auf die Einsatzbetreuung gelegt. Die Zahl der durch die Polizeikräfte abzusichernden Veranstaltungen ist enorm gestiegen und damit auch die Belastung der Kolleginnen und Kollegen. Das gesellige Miteinander und die Unterstützung der Seniorenarbeit wurden nicht außer Acht gelassen.

Zahlreiche Mitglieder unserer Gewerkschaft organisierten für unsere Kolleginnen und Kollegen viele erfreuliche Höhepunkte und Erlebnisse, die das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkten und für die tägliche Arbeit motivierten. Sportveranstaltungen, Seniorenausfahrten, Wanderungen, Hoffeste u. v. m. wurden mit Engagement vorbereitet und gern von den Kollegen angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wort von mir als verantwortlicher Redakteur: Wir konnten von vielen dieser Aktivitäten, den alten und neuen Traditionen regelmäßig im Landesjournal Sachsen der Deutschen Polizei berichten. Dafür sei den Kolleginnen und Kollegen, die zur Feder gegriffen haben und alles zu Papier brachten, was sie erlebt haben, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön gesagt, Für das kommende Jahr wünsche ich mir, dass dies noch häufiger geschieht und in unserer Deutschen Polizei

noch direkter auf das eingegangen werden kann, was die Kolleginnen und Kollegen bewegt.

Es sei hier nicht unterschlagen, dass es eine Reihe interessanter Beiträge von Kolleginnen und Kollegen gab, die ohne deren Genehmigung nicht veröffentlicht werden konnten. Die Gründe wird sich der geübte Leser denken können. Diesen Kolleginnen und Kollegen ebenfalls ein herzliches Dankeschön!

An dieser Stelle möchten wir uns bei jenen bedanken, die mit ihrer zuverlässigen Arbeit einen Beitrag zur Inneren Sicherheit in Sachsen leisten. Wir hoffen, dass sich für alle unserer Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit bietet, mit Verwandten und Freunden die Alltagsorgen zu vergessen und unbeschwert einige harmonische Stunden in Ruhe und Besinnlichkeit zu verbringen, um Kraft zu tanken für die alltägliche Arbeit und zur Bewältigung besonderer Aufgaben im neuen Jahr.

Unsere gewerkschaftliche Arbeit wäre nicht so erfolgreich ohne das Engagement, die materielle Unterstützung und die Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder, Freunde und Vertragspartner.

Wir freuen uns mit allen, die bei bester Gesundheit – unserem zweifellos höchsten Gut – den Jahreswechsel erleben dürfen und wünschen allen Kolleginnen und Kollegen für das Jahr 2019 viel Kraft und persönliches Wohlergehen!

Unsere Gedanken sind auch bei den erkrankten Kolleginnen und Kollegen! Wir wünschen euch baldige Genesung!

Matthias Büschel
Landesredakteur

TAUSCHGESUCH

Wer will nach Sachsen-Anhalt wechseln?

Ich bin frischgebackener Kommissar und im Süden Sachsen-Anhalts tätig. Auch wenn ich mich bei der Landespolizei Sachsen-Anhalt wohl fühle, so würde ich gerne in mein Heimatbundesland Sachsen zurückwechseln.

Der Dienort für den Tauschpartner kann frei gewählt werden.

Wer Interesse an einem Tausch hat, wendet sich bitte an: lsa@gdp-online.de.



„Die Zugehörigkeit der Polizei zur Bevölkerung, das ist entscheidend“ .

Interview mit Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Peer Oehler: Vielen Dank Herr Professor, dass Sie uns Ihre Zeit schenken.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Es ist nichts Besonderes, auch mit 88 Jahren noch ein Interview zu geben.

Peer Oehler: Mir sind die Motive für Ihr Engagement wichtig, die ich in Ihrem Buch „Die Ausbeutung der Enkel“ gelesen habe.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Das Buch ist schon älter. Aber die Konflikte, die es behandelt, werden immer konkreter.

Peer Oehler: Genau das ist es, was mir so imponiert. Das Motiv zu sagen, ich möchte nicht, dass ich meinen Enkeln Konflikte überlasse, ohne selber an ihrer Bewältigung mitgearbeitet zu haben.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Zusammen haben meine Frau und ich 12 Enkel und 1 Urenkel. Mit ihnen fühlen wir uns verbunden und für sie verantwortlich.

Peer Oehler: Und jetzt kommt der Bezug zu meinen Kollegen. Das sind Konflikte, die sich irgendwann auf die Gesellschaft auswirken und auf die „Innere Sicherheit“.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Diese Probleme sind bereits evident. Sie wirken schon auf die heutige Politik ein.

Peer Oehler: Aber ich vermisse in der heutigen Politik diejenigen Politiker, die uns diese Dramatik deutlich machen und von uns erwarten, uns um die Ursachen der Konflikte zu kümmern, die sich auch auf die Innere Sicherheit auswirken.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Sie machen es sich zu leicht. Ich könnte zurückfragen: Wo werden die Probleme, die sich aus dem Generationenverhältnis ergeben werden, von der Bevölkerung wahrgenommen und als ihre Aufgaben begriffen? Als ich nach Sachsen kam, war ich entschlossen, mit der Bevölkerung, also den Wählern nicht über das zu diskutieren, was ICH WILL, sondern wie es uns gelingen könnte, eine neue freiheitliche Ordnung zu schaffen. Nicht der Staat sollte für alles zuständig sein und wie sich das in dem Begriff „Vater Staat“ verdichtet, den Staat als „Vater“ zu begreifen. Bis zu einem gewissen Gra-



de ist mir das auch gelungen. Die Aufklärung über die bestehenden Probleme und das Verdeutlichen ihrer Ursachen sind das eigentliche Kernstück politischer Führung.

Peer Oehler: Ich glaube, dass Ihre Kritik nicht unberechtigt ist.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Ich hatte nicht die Absicht, meine Zuhörer zu kritisieren. Vielmehr ging es darum, der Bevölkerung deutlich zu machen, dass sie sich darauf eingestellt hatte, „Vater Staat“ als die eigentliche Ordnungs- und Regelungsinstanz zu betrachten und damit gleichzeitig ihre Verantwortung auf den Staat zu übertragen. In diesem Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung, insbesondere bei Fragen der Sozialpolitik oder der sozialen Leistungen, war die Ähnlichkeit mit der Bundesrepublik und der DDR auffallend.

Peer Oehler: Darf ich das Stichwort der Ordnung im Sinne der inneren Ordnung aufnehmen. Ich habe noch eine Erinnerung daran, wie sich die DDR als Staat anfühlt, der zerbricht, weil er seinen eigenen Maßstab, den er theoretisch vor sich hergetragen hat, nicht einhält.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Der DDR Staat war sich durchaus bewusst, dass er im Begriff war, zu zerbrechen und sich aufzulösen, aber er konnte diesen Prozess nicht aufhalten.

Peer Oehler: Können Sie mir die Angst davor nehmen, dass Deutschland sich auf einem ähnlichen Weg der Instabilität befindet?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Es trifft zu, dass Menschen, auch Westdeutsche, eine Art der Angst empfinden, der freiheitliche Staat könne seine Großartigkeit und Einmaligkeit verlie-

ren. Vor einigen Tagen traf ich auf einer Veranstaltung in Leipzig eine jüngere Frau, die mir von ihrer Angst berichtete und von mir wissen wollte, was wohl passieren werde. Dieses und ähnliche Gespräche haben mich davon überzeugt, dass es sich um eine ernsthaft empfundene Angst handelt und dass sie überwunden werden muss.

Peer Oehler: Mein Begriff Angst sollte nicht das Gefühl skizzieren, bedroht zu werden oder von etwas überrollt zu werden, sondern sollte sagen: Ich habe die Befürchtung, dass es eine Menge internationaler Konflikte gibt, die unsere heile Welt in Deutschland einfach tangieren.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Es gibt keine heile Welt. Das ist eine Illusion. Das Problem ist anderer Art. Wenn man eine Situation vorfindet, mit der man nicht umzugehen weiß und auf diese Begegnung auch nicht vorbereitet ist, dann liegt es nahe, dass man Angst hat. Diese Angst erstickt auch die neuen Kräfte, ohne die man die Angst nicht überwinden kann. In besonderer Weise kommt dieses Verhältnis zwischen Angst und Überwindung in der Flüchtlingsproblematik zum Ausdruck. Durch die überraschenden und ohne Vorbereitung eingetretenen Zuströme von Flüchtlingen nach Deutschland entwickelten sich neue politische Kräfte, insbesondere in Gestalt der AfD. Und deren Populismus und Demagogie – ich habe Schwierigkeiten sie als eine klassische politische Partei anzuerkennen – werden, wenn diese Kräfte in der jetzigen Gestalt nicht überwunden werden, die Gesamtgesellschaft auf gefährliche Weise verletzen und zunehmend handlungsunfähig machen.

Peer Oehler: Und wie kann das Ihrer Meinung nach verhindert werden?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Die Flüchtlingsproblematik von 2015 war zweifellos ein wesentlicher Anlass für den Einbruch der politischen Entwicklungen. Umso erstaunlicher ist es deshalb, dass sich die Debatte kaum dafür interessiert, die eigentliche Bedeutung der Flüchtlingsfrage, ihre Konsequenzen, die Zusammenhänge und ihre



INTERVIEW-REIHE IM LANDESJOURNAL

langfristigen Folgen zu diskutieren. Sie ergeben sich aus den Bevölkerungsentwicklungen in Europa und Afrika in der Zeit bis 2050. Auf sie werden wir uns vorbereiten müssen. Das Ergebnis einer solchen Betrachtung ist aufregend. Im Jahr 1950 war die Bevölkerung in Afrika ungefähr 250 Millionen und in Europa ungefähr 600 bis 700 Millionen. 2050 wird Afrika 2,4 Milliarden Menschen haben und die Europäer nach wie vor ihre 700 Millionen. Aber entscheidend ist: das Durchschnittsalter der 700 Millionen wird 2050 rund 50 Jahre betragen, das der 2,4 Milliarden in Afrika knapp 30 Jahre. Was wird die Folge sein? Sie wird sich aus der Vergangenheit und dem Verhalten der Europäer in den zurückliegenden Jahrhunderten ergeben; aus den rücksichtslosen Zerstörungen der afrikanischen gesellschaftlichen Strukturen durch die Bildung von Kolonien, durch die Ausbeutung der Menschen und der Bodenschätze und durch die Verweigerung ihrer Würde durch Europäer und Amerikaner. Afrika und vor allem seine Jugend haben das nicht vergessen. Sie werden einen historischen Ausgleich verlangen. Sie werden sich dabei der modernen Kommunikationsmittel bedienen. Sie werden lernen und einen Ausgleich verlangen für das Unrecht der vergangenen letzten 200 Jahre.

Und sie werden mit diesem Anspruch zu uns kommen. Es sei denn, wir haben die Kraft zu sagen, wir gehen zu euch. Und wir wollen nicht weiter materielles Wachstum bei uns verbrauchen, sondern wir wollen euch damit helfen. Das ist das, was wir machen müssen. Altbundespräsident Köhler ermahnt uns schon lange, diese Wirklichkeit zu erkennen und ernst zu nehmen. Er macht auch darauf aufmerksam, was sonst passieren wird. Denn es ist idiotisch zu glauben, man könne die eigenen Grenzen zumachen um der Wirklichkeit zu entgehen.

Peer Oehler: Stimmen Sie mir darin zu, dass bei der Mehrheit der Menschen die intellektuelle Fähigkeit da ist, das zu verstehen, aber wir einen

kollektiven inneren Schweinehund nicht überwinden, die Konsequenzen daraus zu ziehen?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Aber ehe wir darüber reden, müssen wir zunächst feststellen, wo der „Schweinehund“ entsteht und warum.

Peer Oehler: Darf ich eine These zur Antwort anbieten? Er kommt daher, weil das Grundgesetz in Anlehnung an die Erfahrungen des Dritten Reiches einen starken Anteil an Individualrechten hat, die in ihrer Drittwirkung dazu geführt haben, dass wir eine Gesellschaft erleben, die zunehmend individualisierter ist und verlernt hat, gemeinnützig zu denken?



„In meinem Dresdner Arbeitszimmer hängt ein Foto. Es zeigt zwölf Erwachsene und zehn Kinder: meine Enkel und ihre Eltern. Fragen mich Besucher, warum ich fünfzehn Jahre nach dem üblichen Beginn des Rentnerlebens noch arbeite, der Hertie School of Governance in Berlin als Vorsitzender des Kuratoriums diene, Reden halte, Bücher schreibe und sonstigen Tätigkeiten nachgehe, dann deute ich auf das Foto: meiner Enkel wegen. Ich möchte nicht, dass sie eines Tages ihren Großvater in Haft nehmen für Entwicklungen, die sie unlösbaren Konflikten aussetzen, im eigenen Land und in Europa.“
Aus „Die Ausbeutung der Enkel“ von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Das ist eine sehr interessante These, aber nur begrenzt richtig, denn der wesentliche Teil, nämlich der der sozialen Sicherheit, ist kollektiv. Und das wird auch nie anders sein. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 hatte die CDU ihr Programm in zwei Teilen vorgelegt. Der erste Teil betraf die Wirtschaftsordnung und der zweite die soziale Ordnung. Da stand bereits fest, dass die soziale Ordnung und damit die soziale Hilfe fast die gesamte Bevölkerung erfassen sollte – eine Entwicklung, gegen die sich von Anfang an Ludwig Erhard gewandt hat. Er war, wie er kurz vor seinem Tode erklärte, an dieser Aufgabe gescheitert.

Peer Oehler: Und das ist ein Programm im nationalen Maßstab gewesen. Und wer übernimmt jetzt die Aufgabe, ein solches Programm im internationalen Maßstab zu vertreten?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Sie können ein Sozialsystem, wie es für Deutschland passt, nicht ohne Weiteres auf andere Ordnungsformen übertragen. Gefährlich wäre es aber, wenn wir alle gemeinsam nicht begreifen, was die Veränderungen in Europa für unsere Nachkommen tatsächlich bedeuten.

Peer Oehler: Haben Sie trotzdem ein optimistisches Fazit für die von Ihnen genannten vor uns stehenden Probleme?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Ich habe nicht gesagt, dass wir vor Problemen stehen. Ich habe gesagt, wir stehen vor grundsätzlichen Entscheidungen. Das ist ein anderer Sachverhalt.

Peer Oehler: Sind Sie optimistisch, dass diese Entscheidungen auch getroffen werden?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Man kann nur auf das Ziel hinarbeiten, dass die notwendigen grundlegenden Veränderungen tatsächlich stattfinden. Aber mit Optimismus allein ist das nicht zu erreichen.

Peer Oehler: Welche Rolle kommt der Polizei in Ihren Augen zu?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Ihre wichtigste Rolle ist Recht und Gesetze wahren und notfalls durchzuführen bzw. erzwingen. Die Bevölkerung, soweit das möglich ist, vor Verbrechen und anderen Straftaten beschützen und bei der Aufklärung tätig zu werden. Dass die Präsenz der Polizei in einer Gesellschaft wichtig ist, wissen wir aus den historischen britischen Erfahrungen. Allerdings wird diese Präsenz, wie wir in jüngerer Zeit wieder erfahren mussten, nicht mehr so wirksam sein wie früher. In jedem Fall muss sichergestellt werden – auch in einer freiheitlichen Gesellschaft – dass es genug Polizei gibt, um den vielfältigen Aufgaben des Schutzes, der Sicherung der Ordnung und der Aufrechterhaltung der demo-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

kratischen Ordnung zu entsprechen. Für eine funktionsfähige politische und durch Polizeikräfte gesicherte demokratische Ordnung ist ihre Integration in diese Ordnung unverzichtbar.

Peer Oehler: Vielen Dank, dass Sie das ansprechen. Ich bin ein großer Verfechter einer Polizei, die ins Gemeinwesen integriert ist.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Sie müssen aber die Integration der Polizei unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktion sehen. Die Funktion ist das, was sie zu einem integrierten Teil einer gesamten Gesellschaft macht.

Peer Oehler: Und es gab eine Zeit in den letzten 10 bis 15 Jahren, da war Neoliberalismus in einer starken Form erkennbar und eine Debatte darüber, was Polizei in der Gesellschaft noch zwingend machen muss. Für mich gibt es aber eine Differenz zwischen dem, was Polizei machen muss und dem, was Polizei machen darf. Und gerade das, was ich machen darf, aber nicht zwingend machen muss, ist oft das, was die Gesellschaft von Polizei erwartet.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Nicht nur, sondern auch. Aber mir fällt ein Vergleich ein. Was ist uns denn aufgefallen bei der Polizei in England? Die hatten jedenfalls keine Polizisten mit Waffen. Und das fanden wir irgendwie ganz komisch. Warum sind die nicht angegriffen worden, warum ist da nichts passiert? Weil in der englischen Tradition eine enge Form der Zusammenarbeit bestand. Natürlich ist das Land viel, viel älter und hat eine größere und stabilere Tradition. Das vergessen wir immer. Unsere Ordnung ist relativ jung. Im Kaiserreich hatte die Polizei noch eine völlig andere Rolle.

Peer Oehler: Ich glaube, dass diese Stellung von Polizei nur dann erreichbar ist, wenn die Polizei eine gesellschaftliche Nähe auch ständig durchhält. Und ich glaube, dass eine Polizei nur dann in gesellschaftlichen Stresssituationen, in Versammlungslagen beispielsweise, eine Akzeptanz als Organisation hat, wenn es ihr vorher gelungen ist, sich im normalen Alltag diesen Ruf zu erarbeiten.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Das ist richtig. Es ist aber auch für mich keine Frage, dass es eine Institution geben muss, die in der Lage ist, die in Aufregung geratene Gemeinschaft zu beruhigen und zu stabilisieren. Außer der Polizei kann das niemand. Aber es gibt



Fotos: Stefanie Meyer

auch die Polizei, die durch die Straßen geht und damit ein Zeichen der Sicherheit setzt. Eine Sicht der Ordnung.

Peer Oehler: Ja, da stimme ich Ihnen zu.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Die Zugehörigkeit der Polizei zur Bevölkerung, das ist entscheidend. Aber sie kann nicht eine Zugehörigkeit sein, die die Distanz aufhebt, die man braucht, um Ordnung zu gewährleisten.

Peer Oehler: Man muss die Instanz sein, der man zum einen vertraut, aber die man zum anderen auch ernst nimmt.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Wenn man jemanden nicht ernst nimmt, kann man ihm auch nicht vertrauen; Vertrauen darauf, dass das Recht und die staatliche Ordnung zur gewährten Ordnung gehören.

Peer Oehler: Unter Ihrer Regierung ist das erste sächsische Polizeigesetz entstanden und dann vom Landtag beschlossen worden. Jetzt wird selbiges immer fortgeschrieben. Ich habe den Eindruck, dass es heutzutage immer schwerer wird, der Polizei neue Rechte zu geben, die einfach nur mit dem Schritthalten mit technischen Entwicklungen zu tun haben. Kann es sein, dass ein nicht geringer Teil der Bevölkerung ein Bild von Polizei als Überwachungsstaat hat?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Ein Überwachungsstaat ist in Deutschland noch sehr weit entfernt. Die Daten werden ja nicht im Voraus gesammelt, um überwachen zu können. Sie werden gesammelt, um zu klären, wie der jeweilige Konflikt entstanden ist. Das muss sein. Es muss nicht unbedingt sein, dass in allen Straßen Kameras angebracht werden, weil man VORSORGLICH in Bezug auf einen möglicherweise späteren Einbruch alles wissen möchte.

Peer Oehler: Aber gab es zur Zeit Ihrer Regierung schon diese Staatskepsis in dieser Form?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Das kann ich nicht beurteilen. Aber bei den ersten drei Wahlen im Freistaat Sachsen 1990, 1994 und 1998 erreichte die CDU 54, 57 und 58 Prozent der Stimmen. Das spricht schon für Vertrauen. Deshalb haben sie mich „König Kurt“ genannt – und meine Frau Landesmutter. Der Anlass war im Übrigen die Krone auf der Staatskanzlei. Die war während des Angriffs auf Dresden zerstört worden. Aber das Gebäude war noch da und man wollte es wie früher sanieren. Nun wollte man wissen, ob die Krone wieder aufgesetzt werden sollte oder ein anderes Symbol. Ich beantwortete die Frage damit, dass ich die Verantwortlichen fragte, wie eine Republik da oben drauf repräsentiert werden könnte. Da niemandem etwas eingefallen ist, hat man entschieden, die Krone wieder draufzusetzen.

Peer Oehler: Sie sind unlängst mit Ihrer Gattin nach Dresden zurückgezogen.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Wir haben lange darüber nachgedacht. Aber wir haben unser Haus verkauft, weil es viel zu groß war. Wir ziehen jetzt, wenn es endlich fertig ist, in eine Wohnung im ausgebauten Wasserwerk. Es wäre schön, wenn da ab und zu ein Polizist vorbeikommt und nach dem Rechten sieht.

Peer Oehler: Vielen Dank Herr Professor, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Vorschau 2019

Der sächsische Datenschutzbeauftragte, Andreas Schurig, ist unser nächster Interviewpartner. Mit ihm starten wir ins Jahr 2019. Danach sind von Februar bis August in alphabetischer Reihenfolge Interviews mit den Parteien, die im Sächsischen Landtag oder Bundestag (sofern von sächsischer Relevanz) vertreten sind, geplant.

- Februarausgabe AfD
- Märzausgabe Bündnis90/ Die Grünen
- Aprilausgabe CDU
- Maiausgabe Die Blaue Partei
- Juniausgabe Die Linke
- Juliausgabe FDP
- Augustausgabe SPD

Am besten wäre es, wenn wir von den Lesern mit Fragen, Vorhalten und allem Möglichen aufmunitioniert werden, um in interessante Dialoge treten zu können.



KEISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI LEIPZIG**Begrüßung der neuen Azubis und Mitglieder-
gewinnung bei der Bereitschaftspolizei – 2.0**

Wie jedes Jahr hat sich die Junge Gruppe wieder viele Gedanken gemacht, um die „Neuankömmlinge“ zu begrüßen und Mitglieder für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu gewinnen. Aber dieses Jahr waren die Voraussetzungen so schlecht, dass man schon von Behinderung der Gewerkschaften sprechen musste. Eine von der Dienststelle gewollte Vereinbarung wurde erst nach der Einstellung unterschrieben und war von Seiten des SMI so schwammig und verworren verfasst worden, dass diese selbst von verschiedenen Verantwortungsträgern der Bereitschaftspolizei unterschiedlich gelesen und ausgelegt wurde. Leidtragende waren die Azubis, weil sie nur schwer informiert werden konnten, worauf sie in der nächsten Zeit besonders achten müssen, aber auch die Gewerkschaften, weil sie in ihrer Arbeit be- und gehindert wurden. Nach mehreren Gesprächsversuchen durch Gewerkschafter und ständiger Neuausrichtung durch die ehrenamtlich tätigen

Mitglieder der Jungen Gruppe gelang es doch, die Auszubildenden zu informieren. So begrüßten wir in Leipzig und Schneeberg die neuen

auch wenn es das Flair eines Zwischen-Tür-und-Angel-Gesprächs hatte. Man bemühte sich weiter um bessere Bedingungen. Am Ende gelang es auch, dass jeder Gewerkschaft eine Unterrichtsstunde zur Verfügung gestellt wurde. So konnte sich auch die GdP ordentlich vorstellen und auf die Vorteile „Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein“ verweisen. Zum Abschluss wurde noch das traditionelle Hoffest mit der Polizeifachschule Leipzig durchgeführt. An diesem konnten alle Beschäftigten teilnehmen und so kam es zum Gedankenaustausch zwischen neuen Anwärtern und „alten Hasen“. Auch



Foto: Junge Gruppe

Anwärter vor den Toren der Dienststelle und es wurde ihnen ein leichter Sportrucksack mit Informationsmaterial übergeben. In Leipzig konnten die Auszubildenden einige Tage später während ihrer Mittagspause Fragen an die Mitglieder der Jungen Gruppe der Gewerkschaft der Polizei stellen. Diese gaben gern Auskunft,

einige Senioren nutzten diese Gelegenheit, Kontakte herzustellen oder zu pflegen. Mein Dank gilt allen Helfern und Organisatoren. Den Auszubildenden, egal ob sie kurz vor dem Abschluss stehen oder gerade erst angefangen haben, wünsche ich eine erfolgreiche Ausbildung.

M. Pfützn

BG GÖRLITZ

Foto: Berndt Frankenhauser_pixello.de

Seniorenweihnachtsfeier

Traditionsgemäß finden auch dieses Jahr wieder Weihnachtsfeiern für unsere Seniorinnen und Senioren der Bezirksgruppe Görlitz statt.

Am 1. Dezember 2018, ab 14.00 Uhr, ist wieder die Hutberggaststätte in Kamenz angemietet und am 6. Dezember 2018, 15.00 Uhr, laden wir in das Café „Schwertner“ nach 02708 Löbau, Breitscheidstraße 36 ein.

Rückmeldungen oder Anfragen dafür bitte unter 03581/4682081 oder eure Ansprechpartner der Seniorengruppe.

Wir freuen uns euch begrüßen zu können!

Vorstand der BG Görlitz





Arbeitszeitmodelle in ...

... Thüringen

In der Thüringer Polizei wird nach den Arbeitszeitmodellen Dienst nach Dienstplan, Gleitzeit und Dienst ohne Dienstplan gearbeitet. Die allermeisten Kollegen verrichten ihren Dienst nach einem Dienstplan entsprechend der Dienstplananweisung „Grundsätze für ein Bedarfsorientiertes Schichtmanagement (BSM) in der Thüringer Polizei“. In diesem Modell werden Dienstschichtbeamte in einem Personalpool zusammengefasst und die Dienstzeiten nach den der jeweiligen polizeilichen Einsatzlagen geplant. Der Schichtdienst des BSM wird in den Aufgabengebieten Grundversorgung – umfasst ständig wiederkehrende polizeiliche Tätigkeiten, z. B. Notrufsachbearbeitung, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie allgemeine Streifenfahrten, sog. polizeiliche Reaktionsmaßnahmen – Ergänzungsdienst – verstärkt zeitlich begrenzt die Grundversorgung und den Sonderdienst – umfasst Tätigkeiten außerhalb der Grundversorgung z. B. Verkehrskontrollen, Absicherung von Veranstaltungen, Zivilstreifen u. a. (sogenannte polizeiliche Aktionsmaßnahmen), geplant. Die flexible Dienstplanung in Form des BSM dient dem Ziel, durch einen am polizeilichen Auftrag und den analysierten Schwerpunktzeiten orientierten Personaleinsatz die polizeilichen Aufgaben mit höherer Effizienz zu erfüllen. Die Beamten der Grundversorgung haben dabei jederzeit handlungsbereit zu sein, um auf aktuelle Einsatzlagen unverzüglich reagieren zu können. Sonderdienste werden mit konkretem Personalansatz und Einsatzzeiten in den Dienstplänen ausgewiesen. Auch bei einer flexiblen Dienstplanung ist für die Dienstschriftbeamten ein verbindlicher Dienstplan vorzugeben. Hier gilt es, die im Rahmen einer persönlichen Dienstplanung abgegebenen konkreten Planungswünsche der Kolleginnen und Kollegen, soweit es die Einsatzanforderungen und Planungsvorgaben der Dienststelle zulassen, zu berücksichtigen.

Andere Dienstbereiche können temporär einbezogen werden.

Monika Pape

... Sachsen

„Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Arbeitszeitmodelle sind von jeher umstritten. Die Dienstzeiten im Streifendienst bei der Polizei bilden dabei keine Ausnahme. Aus Sicht des Dienstherrn wird ein flexibler Dienstplan favorisiert. Wenn eine polizeiliche Lage eintritt, soll das entsprechende Personal eingesetzt werden können. In lageschwächeren Zeiten ist der Bedarf eher geringer. Die Kolleginnen und Kollegen sind bestrebt, möglichst sozial ihre Dienstzeit einzurichten. Beruf und Familie sollen vereinbar sein.

Den Personalmangel über ausgeklügelte Dienstpläne regulieren zu können, ist ein Trugschluss. Professionelle Polizeiarbeit ist nur möglich, wenn das Personal für die Erfüllung der Aufgaben auch vorhanden ist. Im Freistaat Sachsen existieren prinzipiell zwei Grundvarianten von Dienstplänen für fünf bzw. sechs Dienstgruppen. Einerseits Modelle, wo sich alle fünf bzw. sechs Tage der gleiche Dienstrhythmus wiederholt. Zum anderen werden Blockdienste geleistet, deren Umlauf sich in fünf bzw. sechs Wochen wiederholt. In den Polizeidirektionen der sächsischen Polizei wird nach verschiedenen Dienstplanmodellen gearbeitet.

So wird auf die Lageunterschiede zwischen Stadt und Land reagiert. Alle Modelle werden nach einer Prüfmatrix auf die Einhaltung vorhandener Pflichten untersucht.

Als vorteilhaft erweisen sich sogenannte Verfügungsdienste. Hier können außerhalb des täglichen Dienstgeschäftes Aufgaben gelöst werden, so auch die Aus- und Fortbildung.

Der Generationenwandel in der sächsischen Polizei führt dazu, dass junge Kolleginnen und Kollegen 12-Stunden-Dienste favorisieren. Für Ältere ist dies vor allem in den Großstädten mit ihren Lageschwerpunkten nicht unproblematisch. Hier gilt es sensibel zu reagieren, denn mangels anderer Einsatzmöglichkeiten muss ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen bis zur Pensionierung im Streifendienst verbleiben.

Andreas Mußbach

... Sachsen-Anhalt

Im Bereich der Schutzpolizei wird nach dem „Dezentralen Schichtmanagement“ (DSM) gearbeitet. Dieser wurde in Zeiten ständig sinkender Personalzahlen eingeführt, um die Flexibilität der Personalplanung für die Dienststellen zu gewährleisten. Weiterhin sollte es für die persönliche Planung der Schichtler einfacher werden, aus nicht mehr starren Schichtplänen ihre persönlichen und privaten Bedürfnisse mit dem Dienst in Einklang zu bringen.

Das damalige Versprechen, „Wer im Winter mehr arbeitet, hat im Sommer mehr frei!“ ist heute ein Witz. Widersinnig geworden, weil einfach keine Schutzpolizisten und Schutzpolizistinnen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.

Im DSM ist den Organisationseinheiten ein gewisses Maß an Selbstorganisation überlassen worden, sodass heute in jedem Revier andere „Inselösungen“ bestehen. Dies erfordert für die Planungsaufgaben spezielle „Planer“, welche bei einer Krankmeldung unter Umständen bis zu vier KollegInnen um planen müssen. Je nach Reviergröße sind dann mehrere „Planer“ bzw. „Planerinnen“ in Vollzeit beschäftigt, die erforderliche Anzahl von „Köpfen“ für die anstehenden Dienste zu erreichen, zu überreden und dann wieder erforderliche Umplanungen vorzunehmen.

Die Revierleitungen und „PlanerInnen“ sind derzeit auf der Suche nach Modellen, in denen sie immer weniger Schutzleute in immer mehr erforderliche Dienste bringen. Das dies nicht funktioniert ist jedem klar, jedoch steht die Aufgabe im Vordergrund (nicht der Mensch!). Im Innenministerium ist man auch auf diese Probleme aufmerksam geworden und plant die Änderung des DSM-Erlasses, welcher dann wieder Dienstgruppen erlauben soll. Eine der wahren Feststellungen ist, dass mit der Zerschlagung von Dienstgruppen der soziale Zusammenhalt in vielen Revieren weg ist. Abhilfe kann nur durch mehr Personalzufuhr geschaffen werden.

Ingo Neubert

